

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dirk Behrendt (Bündnis 90/Die Grünen)

vom 15. Juli 2010 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Juli 2010) und **Antwort**

Nichtraucherschutz im Knast

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie hoch wird der Anteil der Raucher bei den Gefangenen der JSA Berlin geschätzt?

Zu 1.: Die Anzahl der rauchenden Inhaftierten wird statistisch nicht erfasst. Der Anteil der Raucher/innen unter den Inhaftierten wird in der Jugendstrafanstalt Berlin auf ca. 70 % geschätzt.

2. Welche Erfahrungen hat die JSA Berlin mit dem Nichtraucherschutzgesetz in den letzten Jahren gemacht?

Zu 2.: Die Umsetzung des Nichtraucherschutzgesetzes gestaltete sich bei den Inhaftierten anfänglich schwierig. Die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes war ihnen schwer zu vermitteln. Mittlerweile wird das Nichtraucherschutzgesetz von den Inhaftierten grundsätzlich akzeptiert, sie rauchen nur in ihren Hafträumen oder im Freien. Die Umsetzung des Gesetzes bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendstrafanstalt Berlin gestaltete sich unproblematisch.

3. Gibt es weiterhin MitarbeiterInnen, die in Diensträumen, den Fluren, in Arbeitsbetrieben und den Aufenthaltsräumen des Personals rauchen? Was wurde konkret unternommen, um dies zu unterbinden?

Zu 3.: In allen Diensträumen, auf den Fluren, in den Arbeitsbetrieben und Aufenthaltsräumen der Bediensteten besteht Rauchverbot. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendstrafanstalt Berlin rauchen ausschließlich im Freien.

4. Gibt es Beschwerden von Gefangenen über rauchende Mitgefängene oder Mitarbeiter? Welchen Inhalts? Was wurde zur Abhilfe konkret unternommen?

Zu 4.: Beschwerden von Gefangenen über rauchende Mitgefängene oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendstrafanstalt Berlin sind nicht bekannt.

5. Werden Rauchentwöhnungsangebote für Gefangene und Mitarbeiter vorgehalten? Welcher Art und auf welche Resonanz stoßen diese?

Zu 5.: Rauchentwöhnungskurse wurden in der Jugendstrafanstalt Berlin in der Vergangenheit angeboten, eine Durchführung erfolgte aufgrund fehlender Resonanz jedoch nicht.

Berlin, den 03. August 2010

Gisela von der Aue
Senatorin für Justiz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. August 2010)